

Thema der Woche

Juncker zieht Zwischenbilanz: EU soll gewichtigere Rolle auf der Weltbühne spielen

In Kürze

Plenum stimmt erneut über Reform des Urheberrechts in der EU ab und erteilt Verhandlungsmandat

Kommissionsvorschlag zur Einrichtung von Kompetenzzentren für Cybersicherheit

Neuer Verordnungsvorschlag zur Bekämpfung terroristischer Inhalte im Internet

Neues aus der Kommission

Lage der Union – Kommission macht Vorschläge zur Geldwäschebekämpfung im Finanzsektor

Neues aus dem Rat

Diskussion zur Digitalsteuer beim informellen ECOFIN: Langfristiger internationaler Lösungsansatz ist anzustreben

Neues aus dem Europäischen Parlament

Abstimmung zur Trinkwasser-Richtlinie: Entscheidung über kostenlose Bereitstellung von Trinkwasser muss im Ermessen der Unternehmer bleiben
Plenumsabstimmung zu „Zweierlei Qualität von Erzeugnissen“: WKÖ gegen vorschnelle, nicht faktenbasierte Regelung

Parlament stellt Weichen für verschärfte CO₂-Grenzwerte und Maßnahmen zu Einwegkunststoff – Vereinbarkeit mit Wettbewerbsfähigkeit muss gegeben sein

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Preis des Flugtickets schließt – bei Erstattung durch Fluggesellschaft – Provision des Vermittlers mit ein

Neues aus anderen Bereichen

Handel: EU im Einsatz für einen modernen, fairen und regelbasierten Welthandel

Statistik der Woche

Jahrbuch der Regionen beleuchtet spannende Daten & Zahlen der EU-Regionen

Jobs+Jobs+Jobs

ECHA sucht Scientific Officer - Dissemination of Information on Chemicals

EASO sucht Senior Legal Officer

Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Procurement Officer

LISA sucht Contract Agents

EU-Agenda

EU-Kommission: 2266. Sitzung

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Juncker zieht Zwischenbilanz: EU soll gewichtigere Rolle auf der Weltbühne spielen

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker betonte diesen Mittwoch vor den EU-Parlamentariern in Straßburg in seiner **Rede** zur Lage der Union, dass auf die Kommission bis zum Ende ihres Mandats in einem Jahr noch viel Arbeit warte. Als Schwerpunkte nannte er den **Brexit**, den künftigen Mehrjährigen **Finanzrahmen** und die Migration sowie die Außen- und Sicherheitspolitik. Der Kommissionschef unterstrich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Herausforderungen insbesondere die Notwendigkeit einer geeinten EU bzw. der Umsetzung wichtiger EU-Vorhaben bis zum Sondergipfel in Sibiu zur Zukunft der Union bzw. den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019.

Juncker wünscht sich ein starkes, geeintes Europa, das auf der internationalen Bühne eine gewichtige Rolle spielt. Um dies auch durchzusetzen, schlägt er einige gewichtige Änderungen vor: In der Außenpolitik und in Steuerfragen sollen Entscheidungen in Zukunft nicht mehr einstimmig, sondern mehrstimmig getroffen werden. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollen nach Junckers Vorstellungen der Verteidigungsfonds und die sogenannte Strukturierte Zusammenarbeit im Militärbereich rasch Realität sein. Die Kommission will auch den Euro stärken und noch dieses Jahr dazu Initiativen vorstellen. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) soll verstärkt und vertieft werden.

Nach Ansicht der WKÖ sollte sich die EU grundsätzlich auf Maßnahmen mit einem klaren europäischen Mehrwert konzentrieren, um eine Überregulierung zu vermeiden. Das Subsidiaritätsprinzip soll als Grundprinzip und Handlungsrahmen weiter gestärkt und ausgebaut werden, indem künftig nur mehr Regelungen mit klarem europäischem Mehrwert verabschiedet werden. Dadurch kann auch Überregulierung vermieden und ein unternehmensfreundliches Umfeld geschaffen werden. Um die WWU stabiler, krisenresistenter und wettbewerbsfähiger zu machen, ist eine verstärkte Integration der Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzpolitik notwendig, die auch durchsetzbar ist. Für eine behutsame Weiterentwicklung der WWU und die Umsetzung der Regeln ist ein intensiver Dialog mit und die Einbindung der Sozialpartner erforderlich.

„Unsere Unternehmer brauchen klare und verlässliche Rahmenbedingungen, um ihr Unternehmen fit für die Zukunft zu machen. Ein wichtiges Element für unsere KMU ist daher die rasche Verabschiedung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens und der damit verbundenen Programme,“ **erklärte Ulrike Rabmer-Koller**, Präsidentin des Europäischen KMU- und Handwerksverbands UEAPME und Vizepräsidentin der WKÖ, nach der Rede von Kommissionspräsident Juncker. Mit Blick auf den BREXIT fordert die UEAPME die Politiker auf beiden Seiten des Ärmelkanals dringend auf, die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich und die Auswirkungen auf die Geschäftsbeziehungen rasch zu klären.

„Es liegt im Interesse der europäischen Unternehmen, während des letzten Jahres der Juncker-Kommission einen starken Fokus auf die Umsetzung der wichtigsten politischen Projekte zu legen“, so Rabmer-Koller. Laut Juncker wurden bisher nur 50 Prozent der Vorschläge der Kommission für Projekte – wie die Vertiefung der Währungsunion, die Schaffung eines digitalen Binnenmarkts oder die Umstellung auf eine Kapitalmarkt- und Energieunion – vom Europäischen Parlament und vom Rat abgesegnet.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Plenum stimmt erneut über Reform des Urheberrechts in der EU ab und erteilt Verhandlungsmandat

Das **Plenum** des Europäischen Parlaments hat am Mittwoch in Straßburg erneut über den Vorschlag der Kommission zur Reform des Urheberrechts in der EU abgestimmt und diesmal **den Bericht des Rechtsausschusses in abgeänderter Form angenommen sowie das Verhandlungsmandat erteilt**. Der Ausschuss hatte nach langwierigen Verhandlungen im Juni seine vorläufige Position und ein Mandat für die Verhandlungen des Europäischen Parlaments mit den Mitgliedstaaten angenommen. Dieses war jedoch vom Plenum des Europäischen Parlaments im Juli abgelehnt worden. Besonders umstritten waren und sind noch immer Artikel 11 und Artikel 13, die ein neues Leistungsschutzrecht für Presseverlage bzw. Upload-Filter betreffen. Nach Erteilung des Verhandlungsmandats auf Seite des Parlaments diese Woche ist der Beginn von Trilogverhandlungen zur Findung eines endgültigen Kompromisstextes zwischen Rat und Parlament nun möglich.

Kommissionsvorschlag zur Einrichtung von Kompetenzzentren für Cybersicherheit

Im Zuge seiner **Rede** zur Lage der Union hat Kommissionspräsident Juncker am Mittwoch einen neuen **Vorschlag zur Einrichtung von Kompetenzzentren für Cybersicherheit** angekündigt. Konkret handelt es sich um einen **Verordnungsvorschlag** zur Bündelung von Ressourcen und Fachwissen im Bereich der Cybersicherheitstechnologie. Die Kommission schlägt vor, ein **Netz von Kompetenzzentren für Cybersicherheit** einzurichten, damit die verfügbaren Mittel für Zusammenarbeit, Forschung und Innovation im Bereich der Cybersicherheit gezielter eingesetzt und besser koordiniert werden können. Ein neues **Europäisches Kompetenzzentrum für Cybersicherheit** soll die **aus dem EU-Haushalt gewährte finanzielle Unterstützung für Cybersicherheit** verwalten und gemeinsame Investitionen der Union, der Mitgliedstaaten und der Industrie fördern, um die **Cybersicherheitsbranche in der EU zu fördern** und sicherzustellen, dass die Verteidigungssysteme dem Stand der Technik entsprechen.

Neuer Verordnungsvorschlag zur Bekämpfung terroristischer Inhalte im Internet

In seiner **Rede** zur Lage der Union 2018 hat Kommissionspräsident Juncker auch neue Rechtsvorschriften zur Bekämpfung terroristischer Inhalte im Internet **angekündigt**. Kernelement des Kommissionsvorschlags sind **neue Regeln, um terroristische Propaganda binnen einer Stunde aus dem Internet zu entfernen**. Der **Vorschlag** für die neue Verordnung wurde eine Woche vor dem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Salzburg vorgestellt, auf der die EU-Mitgliedstaaten das Thema Sicherheit erörtern sollen. Die Kommission arbeitet bereits auf freiwilliger Basis mit einer Reihe wichtiger Akteure im Rahmen des **EU-Internetforums** (Online-Plattformen, Mitgliedstaaten und Europol) zusammen, um die Präsenz terroristischer Online-Inhalte zu bekämpfen. Schon im März empfahl die Kommission eine Reihe von **Maßnahmen**, die von Unternehmen und Mitgliedstaaten ergriffen werden sollen, um diese Bemühungen zu verstärken.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

Lage der Union – Kommission macht Vorschläge zur Geldwäschebekämpfung im Finanzsektor

Wie in der Rede von Kommissionpräsident Juncker zur Lage der Union angekündigt, hat die Kommission am 12. September **Vorschläge zur Geldwäschebekämpfung im Bankensektor** vorgelegt. Unter anderem ist eine Änderung des vergangenen Herbst erschienenen Vorschlags zur Überarbeitung der Verordnungen zur Errichtung der Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) angedacht. Vorgesehen ist hier vor allem die **Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA)** bei der Geldwäschebekämpfung im Finanzsektor. So soll die EBA beispielsweise von den nationalen Behörden für Geldwäschebekämpfung gezielte Überprüfungen und Maßnahmen verlangen können. Zudem soll auch die **Kooperation** sowie der Informationsfluss zwischen der Geldwäsche- und der Bankenaufsicht verbessert werden. Dazu soll auch ein ständiger Ausschuss zum Austausch nationaler Aufsichtsbehörden entstehen. Die **Implementierung gemeinsamer Standards**, periodische Überprüfungen und Risikoanalysen soll die Aufsicht qualitativ stärken.

Weiters ist auch eine Mitteilung der Kommission zur Verbesserung des EU-Rahmenwerks hinsichtlich der Kooperation zwischen Aufsichts- und Geldwäschebehörden erschienen. Die ESAs – allen voran die EBA – sollen Leitlinien entwickeln, damit Aufsichtsbehörden Geldwäscheaspekte in ihre bestehenden Instrumente aufnehmen können und letztendlich Kohärenz hergestellt wird.

Die WKÖ unterzieht die Vorschläge derzeit einer intensiven Prüfung. Interessant wird sein, wie sich die Einbindung des neuen Vorschlags prozedural auf die bestehende Reform der Aufsichtsbehörden auswirkt. Wichtig ist insgesamt, dass **kein zusätzliches Maß an Bürokratie** geschaffen wird, **ohne einen entsprechenden Mehrwert bei der Geldwäschebekämpfung** zu bieten.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Rat

Diskussion zur Digitalsteuer beim informellen ECOFIN: Langfristiger internationaler Lösungsansatz ist anzustreben

Der Rat der Finanzminister (ECOFIN) tagte am 7. und 8. September in informeller Sitzung. Besprochen wurden dabei unter anderem die **künftige strategische Ausrichtung der Europäischen Investitionsbank (EIB)**, die dieses Jahr ihren 60. Geburtstag feiert, sowie die **Widerstandsfähigkeit und Belastbarkeit des Finanzsektors** im Fall der Erhöhung des Leitzinses der Europäischen Zentralbank. Zudem gab es einen Austausch über die Chancen und Herausforderungen von Kryptowährungen.

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion tauscht man sich unter anderem zu **strukturellen Reformen** sowie zu dem im Zuge der Veröffentlichungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen getätigten Vorschlag für das

Programm InvestEU aus. Es ermöglicht durch die Verschmelzung 14 unterschiedlicher Finanzierungsinstrumente Investitionsmittel von bis zu 650 Milliarden Euro. Die mit der Zusammenführung verbundenen **Vereinfachungsmaßnahmen** sind aus WKÖ-Sicht zu begrüßen. Ziel muss es sein, dass **Unternehmen zukünftig leichter** an die von ihnen benötigten Darlehen kommen.

Einen intensiven Austausch gab es auch zur **Besteuerung der digitalen Wirtschaft**. Hier hatte die Kommission im März ein **Paket** mit unterschiedlichen Lösungsansätzen präsentiert. **Kurzfristig** soll eine **Zwischensteuer** für die wichtigsten digitalen Tätigkeiten, die in der EU zurzeit überhaupt nicht besteuert werden, eingeführt werden. Laut Kommissionsvorschlag soll diese mit einem Satz von drei Prozent nur auf jene Unternehmen Anwendung finden, die jährlich weltweit Gesamterträge in Höhe von 750 Millionen Euro sowie EU-Erträge in Höhe von 50 Millionen Euro erzielen. Ziel des österreichischen Finanzministers Hartwig Löger ist hier eine Einigung bis zum Ende des Jahres.

Im Bereich der digitalen Wirtschaft ist ein steuerlicher Rahmen, der die **Chancengleichheit** zwischen österreichischen und ausländischen Unternehmen fördert und bestehenden Verzerrungen entgegenwirkt, nach Ansicht der WKÖ unumgänglich. Um Wettbewerbsverzerrungen sowie Rechtsunsicherheit zu verhindern, sollten dabei jedenfalls **langfristige internationale Lösungen** gefunden werden.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis



Abstimmung zur Trinkwasser-Richtlinie: Entscheidung über kostenlose Bereitstellung von Trinkwasser muss im Ermessen der Unternehmer bleiben

Am Montag stimmte der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) über den **Berichtsentwurf** zur Neufassung der **Richtlinie der Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (98/83/EG)**, kurz **Trinkwasserrichtlinie** genannt, ab. Der **Vorschlag zur Neufassung** war von der Europäischen Kommission am 1. Februar 2018 als Antwort auf die Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ vorgelegt worden.

Unter anderem verschärften die Abgeordneten in ihrem Bericht die Grenzwerte für bestimmte Schadstoffe und fügten die Überwachung des Mikroplastikgehalts hinzu. Auf Vorschlag des Berichterstatters Michel Dantin wurden die Regelungen bezüglich des Zugangs zu Trinkwasser flexibler gestaltet. Die Mitgliedstaaten haben Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu Wasser zu verbessern, z.B. durch die Einrichtung von Brunnen in Städten und an öffentlichen Orten für kostenlosen Zugang zu Wasser, soweit dies technisch möglich und verhältnismäßig ist. Darüber hinaus sollen sie die Bereitstellung von Trinkwasser – kostenlos oder für eine geringe Servicegebühr bzw. für Kunden – in Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdienstleistungen fördern.

Aus Sicht der **Wirtschaftskammer Österreich** ist die **Förderung der Bereitstellung von kostenlosem Trinkwasser in Restaurants, Kantinen und im Rahmen von Verpflegungsdienstleistungen** jedenfalls zu hinterfragen. Die Entscheidung, ob Trinkwasser kostenlos angeboten wird, soll im freien Ermessen des Unternehmers verbleiben. Dementsprechend begrüßen wir die diesbezüglich vom Ausschuss vorgenommenen

Berichtsänderungen, die insbesondere auch vom österreichischen EU-Abgeordneten Lukas Mandl unterstützt wurden.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Plenumsabstimmung zu „Zweierlei Qualität von Erzeugnissen“: WKÖ gegen vorschnelle, nicht faktenbasierte Regelung

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag seine EntschlieÙung zu „zweierlei Qualität von Erzeugnissen im Binnenmarkt“ verabschiedet. Dieser zufolge begrüÙt das Parlament unter anderem den im April vorgelegten Vorschlag der Kommission im „New Deal for Consumers“ zur Änderung von Artikel 6 der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken. Die vorgeschlagene Regelung bewirkt ein Verbot der Vermarktung von Produkten als identisch mit in anderen Mitgliedstaaten vertriebenen Produkten, wenn sie sich zum Beispiel in ihrer Zusammensetzung wesentlich voneinander unterscheiden.

Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich steht abgesehen von den inhaltlichen Bedenken die überraschende Aufnahme dieser Regelung in den „New Deal for Consumers“ ohne vorherige Konsultation und ohne Vornahme eines Impact Assessments im Widerspruch zur Selbstverpflichtung der Kommission zur besseren Rechtsetzung.

Ansprechpartnerinnen: Claudia Golser / Verena Martelanz

Parlament stellt Weichen für verschärfte CO2-Grenzwerte und Maßnahmen zu Einwegkunststoff – Vereinbarkeit mit Wettbewerbsfähigkeit muss gegeben sein

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat sich diese Woche dafür ausgesprochen, die CO2-Emissionen von Neufahrzeugen bis 2025 um 20 Prozent bzw. bis 2030 um 45 Prozent zu senken, und die Marktakzeptanz von emissionsfreien und emissionsarmen Fahrzeugen zu beschleunigen. Die Abgeordneten haben damit einen im Rahmen des zweiten Mobilitätspakets vorgelegten Vorschlag der EU-Kommission weiter verschärft. Der Gesetzgebungsentwurf der Kommission sieht eine Reduktion von 15 Prozent bis 2025 sowie 30 Prozent bis 2030 vor. Voraussetzung für diese ambitionierten CO2-Ziele ist ein EU-weiter Erfolg der E-Mobilität. **Die WKÖ bekennt sich klar zum Klimaschutz – beim Thema „Low Emission Mobility“ müssen jedoch auch Technologieoffenheit, Leistbarkeit und eine ganzheitliche Betrachtung klar im Fokus der Überlegungen stehen.**

Darüber hinaus hat das Plenum über die Europäische Plastikstrategie abgestimmt. Die Parlamentarier fordern in ihrer EntschlieÙung etwa die Eindämmung von oxo-abbaubarem Kunststoff und von Mikroplastik in Kosmetika bis 2020 oder mehr Anreize für die Sammlung von Plastikmüll im Meer. Damit sollen wohl auch die Pläne der EU-Kommission für kürzlich vorgeschlagene konkrete Maßnahmen zu Littering und Einwegplastik gestärkt werden. **Die Wirtschaftskammer Österreich ist sich der Problematik des Abfalleintrags in das Meeresmilieu bewusst und unterstützt Bemühungen, um die weitere Zufuhr von Abfall ins Meer zu vermindern bzw. zu verhindern.** Initiativen der Europäischen Institutionen, dieser Herausforderung zu begegnen sind daher grundsätzlich zu begrüÙen. Dennoch geht der konkret vorgelegte Richtlinienvorschlag an diesem Ziel vorbei. Es werden bestimmte Produkte herausgegriffen und mit Maßnahmen belegt, nicht aber das Problem an der Wurzel gepackt. Am wirksamsten wird Littering eingedämmt, wenn es eine funktionierende Abfallwirtschaft und sensibilisierte Konsumentinnen und Konsumenten gibt.

Ansprechpartnerin: Barbara Lehmann

Inhaltsverzeichnis

Preis des Flugtickets schließt – bei Erstattung durch Fluggesellschaft – Provision des Vermittlers mit ein

Eine Familie wollte von Hamburg nach Faro in Portugal fliegen. Deshalb erwarb die 6-köpfige Familie Flugscheine über die Website opodo.de. Der Preis für die Tickets betrug 1.108,88 Euro wobei 77 Euro davon als Provision der Website zukamen. Allerdings war dies für den Familienvater nicht ersichtlich. Der Flug selbst sollte von der Fluggesellschaft Vueling Airlines durchgeführt werden. **Die Flugverbindung wurde allerdings nicht planmäßig durchgeführt, was nach Ansicht des Amtsgericht Hamburg einer Annullierung im Sinne der Fluggastrechte-VO gleichkommt.**

Im Folgenden machte die Familie vor dem Amtsgericht Hamburg geltend, dass die Fluggesellschaft Vueling Airlines zur Erstattung des, von opodo.de verrechneten, Betrags von 1.108,88 Euro verpflichtet sei. Die **Airline** bestritt die Begründetheit der Klage nicht, machte jedoch bezüglich der Höhe des Betrags geltend, dass sie nur zur Zahlung von 1.031,88 Euro, also jenes Betrags den sie selbst von opodo.de erhalten habe, verpflichtet sei. Laut ihr sei die **Provision in der Höhe von 77 Euro nicht Bestandteil des Preises der Flugtickets**. Das Amtsgericht Hamburg unterbrach daraufhin das Verfahren und wandte sich mit einem Vorabentscheidungsbegehren bezüglich der Auslegung des Begriffs der „vollständigen Erstattung der Flugscheinkosten“ nach der Fluggastrechte-VO an den EuGH. **Der EuGH urteilte in der Rechtssache C-601/17 am 12. September 2018, dass eine Fluggesellschaft bei Annullierungen auch Provisionen von Vermittlungsunternehmen erstatten muss.** Ausgenommen hiervon sind Fälle, in denen eine solche Provision ohne Wissen der Fluggesellschaft festgelegt wurde, wobei eine dahingehende Prüfung nationalen Gerichten obliegt.

Die **Fluggastrechte-VO** legt fest, dass Fluggäste bei einer Annullierung eine binnen sieben Tagen zu leistende vollständige Erstattung der Flugscheinkosten verlangen können. Und zwar zu jenem Preis, zu dem der Flugschein erworben wurde. Unter dem Begriff Flugschein wird hierbei ein gültiges, einen Anspruch auf Beförderungsleistung begründendes Dokument/elektronische Berechtigung verstanden, die von dem Luftfahrtunternehmen/ dessen zugelassenem Vermittler ausgegeben/ genehmigt wurde. Alternativ kann auch ein Rückflug oder eine anderweitige Beförderung verlangt werden.

Dies steht laut EuGH in Einklang mit den Zielen der Fluggastrechte-VO, ein hohes Schutzniveau für Fluggäste sicherzustellen und gleichzeitig einen Interessenausgleich zwischen ihnen und den Fluggesellschaften vorzunehmen.

Ansprechpartnerin: **Barbara Lehmann**

Inhaltsverzeichnis

Handel: EU im Einsatz für einen modernen, fairen und regelbasierten Welthandel

Am 6. September lud die Kommission zu einem Austausch der Zivilgesellschaft mit der Chefunterhändlerin der Kommission, Sandra Gallina, für das **Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) ein. Dabei gab diese ein Update zum Stand der Verhandlungen. Vom 9. bis zum 17. Juli fand die **mittlerweile 34. Verhandlungsrunde** zwischen der EU und Mercosur statt. Anschließend wurde zudem auch ein Ministertreffen abgehalten. Dennoch wurde in manchen Bereichen, vor allem bei Autos und Autoteilen, geographischen Indikatoren sowie dem Seeverkehr und Milchprodukten, noch weiterer Diskussionsbedarf festgestellt. Die nächste Verhandlungsrunde läuft diese Woche in Montevideo. Es gibt weiterhin von beiden Seiten **große Anstrengungen, das Abkommen ehestmöglich abzuschließen**.



Am 10. September traf Handelskommissarin Cecilia Malmström den Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten, Robert Lighthizer, um mit ihm die nächsten Schritte der **neuen Phase der Kooperation zwischen der EU und den USA zu besprechen**. Diese war von Kommissionspräsident Juncker und US-Präsident Donald Trump am 25. Juli in einer gemeinsamen Erklärung ausgerufen worden. Neben dem Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen haben sich die EU und die USA unter anderem auch darauf verständigt, an einer Reform der Welthandelsorganisation (WTO) zu arbeiten.

Wichtige globale Handelsthemen werden am 14. September auch beim **G20 Handelsministertreffen** in Mar del Plata, Argentinien, behandelt. Unter anderem standen globale Wertschöpfungsketten und die Zukunft des internationalen Handels auf der Tagesordnung.

Die WKÖ unterstützt die **proaktive Handelsagenda der EU**, die den Abbau von Handelshemmnissen und die Etablierung eines **modernen, regelbasierten und fairen Welthandels** zum Ziel hat. Wichtig ist, dass bestehende Kooperationen gefördert und neue Handelsbeziehungen geknüpft werden, damit Unternehmen von diesen globalen Chancen profitieren.

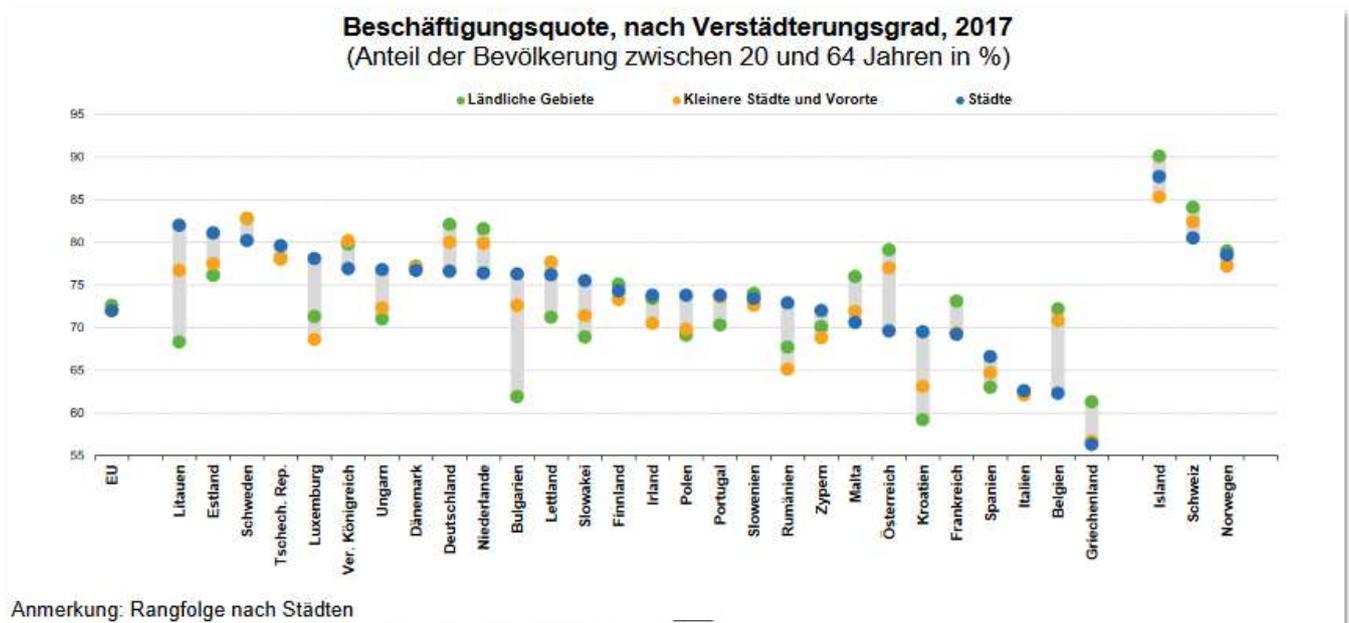
Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Jahrbuch der Regionen beleuchtet spannende Daten und Zahlen der EU-Regionen

Das neue eurostat-Jahrbuch der Regionen enthält Kapitel zur Regionalpolitik und den Prioritäten der Europäischen Kommission sowie Statistiken zu zahlreichen Themen, wie Beschäftigungsquoten oder der Nutzung sozialer Medien in Europas Regionen. Zwischen den **Beschäftigungsquoten** am Land (73 Prozent) und den in kleineren Städten und Vororten bzw. Städten (72 Prozent) gibt es EU-weit fast keine Divergenz. In den östlichen Teilen der EU und in den baltischen Staaten zeigt sich, dass von den in der Stadt lebenden Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich mehr ein Beschäftigungsverhältnis hatten als auf dem Land. In den westlichen Teilen der EU scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein. **Österreich** weist hier, nach Belgien, mit 70 Prozent und 79 Prozent das größte Stadt-Land Gefälle auf.

Beschäftigungsquote – niedriger in Städten als in ländlichen Gebieten, besonders in Belgien und Österreich



Quelle: eurostat

Im Jahr 2017 nutzten EU-weit mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren soziale Medien wie Facebook, Twitter und Co. Spitzenreiter, mit rund 80 Prozent, waren Regionen in Belgien, den nordischen Mitgliedsstaaten und dem Vereinigten Königreich. **Österreich** liegt eher im (unteren) Mittelfeld, wobei die Nutzung in den Bundesländern Niederösterreich, Steiermark und Salzburg mit 40-50 Prozent unter dem EU-Durchschnitt liegt. Die niedrigsten Anteile finden sich mit ca. 35 Prozent in Regionen in Frankreich, Italien und Deutschland.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis

ECHA sucht Scientific Officer - Dissemination of Information on Chemicals

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) mit Sitz in Helsinki sucht:

Temporary Agent (M/F)
Scientific Officer - Dissemination of Information on Chemicals
Ref.: ECHA/TA/2018/004, AD 5

Bewerbungen sind bis zum 25. September 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

EASO sucht Senior Legal Officer

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sucht:

Senior Legal Officer
Ref.: EASO/2018/TA/004, Grade AD 8

Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Procurement Officer

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris sucht:

Procurement Officer
Ref.: ESMA/2018/VAC16/AD5

Bewerbungen sind bis zum 8. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

LISA sucht Contract Agents

Die Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (LISA) sucht:

IT Operations Officer
Ref.: eu-LISA/18/CA/FGIV/20.1
Bewerbungen sind bis zum 3. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Research Officer
Ref.: eu-LISA/18/CA/FGIV/21.1
Bewerbungen sind bis zum 8. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Communication and Information Assistant
Ref.: eu-LISA/18/CA/FGIV/22.1

Bewerbungen sind bis zum 8. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

SharePoint Development Officer

Ref.: eu-LISA/18/CA/FGIV/19.1

Bewerbungen sind bis zum 30. Oktober 2018 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Schon gewusst?

Auch auf [wko.at](#) finden Sie regelmäßig topaktuelle Stellenangebote von EU-Institutionen und -Agenturen!

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

Die voraussichtlichen Themen der 2266. Sitzung standen bei Redaktionsschluss leider noch nicht fest.

Tagungen des Rates

10. September Allgemeine Angelegenheiten

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027 (Orientierungsaussprache)

Vorstellung der Prioritäten des österreichischen Vorsitzes

Legislative Programmplanung

- a) Absichtserklärung (Vorstellung durch die Kommission, Gedankenaustausch)
- b) Gesetzgebungsdossiers (Sachstand)

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 18. Oktober 2018:

Entwurf der erläuterten Tagesordnung (Gedankenaustausch)

Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV
(Anhörung von Polen gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

19. September **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-41/17 González Castro**

Nachtarbeitsverbot für stillende Arbeitnehmerinnen

Frau González Castro war bei einem spanischen Sicherheitsunternehmen beschäftigt, für das sie im Schichtdienst ein Einkaufszentrum bewachte, teilweise auch nachts. Nach der Geburt ihres Sohnes beantragte sie, vorübergehend vom Dienst befreit zu werden, um ihren Sohn stillen zu können, und für diese Zeit eine Sozialleistung zu erhalten. Da der Versicherer ihres Arbeitgebers ihren Antrag ablehnte, wandte sich Frau González Castro an die spanischen Gerichte. Das Obergericht Galiziens ersucht den Gerichtshof in diesem Zusammenhang um Auslegung des Unionsrechts.

Generalanwältin Sharpston hat in ihren Schlussanträgen vom 26. April 2018 die Ansicht vertreten, dass eine Arbeitnehmerin, die Schichtarbeit leistet und einen Teil ihres Dienstes nachts verrichtet, unter bestimmten Voraussetzungen unter das Nachtarbeitsverbot für schwangere Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillende Arbeitnehmerinnen nach der Richtlinie 92/85 fallen könne. Außerdem könnten einer solchen Arbeitnehmerin bestimmte Beweiserleichterungen nach der Gleichbehandlungsrichtlinie 2006/54 zugutekommen.

[Weitere Informationen](#)

20. September **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-51/17 OTP Bank und OTP Faktoring**

Missbräuchliche Klauseln – Fremdwährungskredite

Nachdem sich in Ungarn Fremdwährungsdarlehen, die insbesondere auf Schweizer Franken lauteten, wegen des Kursverfalls des Forint zu einem massiven gesellschaftlichen Problem entwickelt hatten, erließ der ungarische Gesetzgeber eine Reihe von Gesetzen, um missbräuchliche Darlehenspraktiken zu beenden. So wurde u.a. unter Berücksichtigung des Urteils des Gerichtshofs Kásler die Anwendung unterschiedlicher Wechselkurse (Devisenankaufskurs bei Auszahlung, Devisenverkaufskurs bei Tilgung) für missbräuchlich und daher nichtig erklärt. Um die Verträge als solche aber aufrechtzuerhalten, sah das Gesetz vor, dass der von der ungarischen Nationalbank festgelegte Devisenwechsellkurs anzuwenden sei, der damit kraft Gesetzes Vertragsbestandteil wurde. Das Wechselkursrisiko wurde damit zwar verringert, verblieb aber bei den Darlehensnehmern. Ein ungarisches Gericht, das mit einem Rechtsstreit über einen 2008 geschlossenen, auf Schweizer Franken lautenden Darlehensvertrag befasst ist, stellt sich die Frage, ob die kraft Gesetzes vorgenommenen Vertragsänderungen nunmehr ausschließen, die Vertragsklausel, die das Wechselkursrisiko auf den Verbraucher abwälzt, auf ihre etwaige Missbräuchlichkeit zu überprüfen. Das ungarische Gericht hat dem Gerichtshof in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

Zertifizierung von „halal“-Fleisch als aus „ökologischem/biologischem Landbau“

Das Berufungsgericht in Verwaltungssachen Versailles möchte vom Gerichtshof wissen, ob das europäische Gütezeichen „ökologischer/biologischer Landbau“ für Produkte vergeben werden darf, die von Tieren stammen, die unter den in der Verordnung Nr. 1099/2009 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung festgelegten Voraussetzungen ohne vorherige Betäubung rituell geschlachtet wurden. Das Berufungsgericht hat über einen Rechtsstreit zu entscheiden, in dem der französische Verband Œuvre d'assistance aux bêtes d'abattoirs (Unterstützungswerk für Schlachttiere) beantragt, der Zertifizierungsstelle Ecocert France aufzugeben, die Werbung für und Vermarktung von durch die Gesellschaft Bionoor unter der Marke „Tendre France“ vermarkteten, als „halal“ zertifizierten und mit der Kennzeichnung „ökologischer/biologischer Landbau“ versehenen Hacksteaks zu beenden. Nach Ansicht des Verbands ist die Angabe „ökologischer/biologischer Landbau“ mit Produkten, die von ohne vorherige Betäubung geschlachteten Tieren stammten, unvereinbar, da eine solche Schlachtmethode dem in der Verordnung Nr. 834/2007 über die Angabe „ökologischer/biologischer Landbau“ aufgestellten Erfordernis „hoher Tierschutzstandards“ nicht entspreche. Die Anerkennung der Unvereinbarkeit einer Schlachtung ohne Betäubung allein im Rahmen des Rechts auf die Angabe „ökologischer/biologischer Landbau“ stelle für sich genommen keine echte Beeinträchtigung der Freiheit der Ausübung der muslimischen Religion dar, da die rituelle Schlachtung nicht als solche in Frage gestellt werde. Aus denselben Gründen verstoße die von Ecocert France gewährte Zertifizierung für „halal“-Fleisch, das von ohne vorherige Betäubung geschlachteten Tieren stamme, gegen den Grundsatz des Schutzes des Vertrauens der Verbraucher in Bezug auf ökologische/biologische Produkte.

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Erweiterung

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten (2010-2017)

11.06.2018 - 17.09.2018

Generalsekretariat der Europäischen Kommission

Öffentliche Konsultation zur Bestandsaufnahme des Konzepts der „besseren Rechtsetzung“ der Kommission

17.07.2018 - 23.10.2018

Öffentliche Konsultation zu einer neuen Online-Plattform für den öffentlichen Zugang zu Dokumenten der Kommission

29.06.2018 - 21.09.2018

Klimaschutz

Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU
17.07.2018 - 09.10.2018

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

Öffentliche Konsultation zu den EU-Vermarktungsnormen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse
17.07.2018 - 09.10.2018

Steuern und Zollunion, Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften für Drogenausgangsstoffe
23.07.2018 - 02.11.2018

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung von Rechnungsstellungsvorschriften
13.06.2018 - 20.09.2018

Umwelt, Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU

Öffentliche Konsultation zur Regelung der Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht
23.07.2018 - 29.10.2018

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, Bodenqualität, Abfallvermeidung und Wiederverwertung

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser
13.07.2018 - 19.10.2018

Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt

Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums (Verordnung (EU) Nr. 386/2012)
03.07.2018 - 02.10.2018

Inhaltsverzeichnis